

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

126. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 23. September 2004

Tagesordnungspunkt 3:

- d) Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Helga Daub, Birgit Homburger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Wehrpflicht aussetzen** (Drucksachen 15/1357, 15/2963)
11443 B

Anlage 3

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Petra Pau und Dr. Gesine Löttsch (beide fraktionslos) zur namentlichen Abstimmung über den Antrag: Wehrpflicht aussetzen (Tagesordnungspunkt 3 d)

Die FDP begehrt im Antrag 15/1357 die Aussetzung der Wehrpflicht und in Zukunft deren Abschaffung. So weit, so zustimmungsfähig für die PDS im Bundestag.

Die Wehrpflicht ist ein Anachronismus. Dass sie obendrein ungerecht praktiziert wird – wie der FDP-Antrag und Gerichte konstatieren –, kommt hinzu. Im Kern ist die Wehrpflicht ein Zwangsdienst. Deshalb muss sie abgeschafft werden.

Trotzdem sehen wir uns gezwungen, mit Nein zu stimmen. Denn die FDP verbindet ihren Antrag mit der Aufforderung, die „Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr herzustellen“, und meint damit unter anderem: „die Bundeswehr schnell und konsequent bündnisfähig zu machen“; „die frühere Landesverteidigung ausschließlich als Bündnisverteidigung zu begreifen“; „die Bundeswehr schnellstens in die Lage zu versetzen, alle Aufträge erfüllen zu können, die sich aus den Eckpfeilern deutscher Außen- und Sicherheitspolitik ergeben“; eine Nationalgarde aufzustellen, „die sich aus 5 000 aktiven Soldatinnen und Soldaten sowie 55 000 Reservistinnen und Reservisten zusammensetzt“. – Ferner soll die wehrtechnische Industrie auf europäischer Ebene konsolidiert werden, um „im transatlantischen Rahmen eine Wettbewerbs- und Kooperationsfähigkeit zu erreichen“ und „Wettbewerbsnachteile und einen damit einhergehenden weiteren Rückgang nationaler wehrtechnischer Kernkompetenzen zu verhindern“.

Die PDS im Bundestag lehnt die zunehmende Militarisierung der nationalen und EU-Außenpolitik ab. Die zukünftige EU-Verfassung enthält sogar ein Aufrüstungsgebot und das Vorhaben der Schaffung einer europäischen Interventionsarmee. Auch diese Vorgaben lehnen wir ab.

Der FDP-Antrag zielt aber im Kern darauf, die Bundeswehr auf dieses Vorhaben einzustellen. Deshalb stimmt die PDS im Bundestag gegen diesen Antrag.